

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Verlagsredaktion: 25 241
Preis für Nachdruck: 200 01

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Bsp. für 24 Stunden, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Bsp., außerhalb 20 Bsp., die 30 mm breite Reklamzeile 200 Bsp., außerhalb 250 Bsp., Obergangsgebühren 20 Bsp. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Bleich & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Dr. Stresemanns Besuch in Oslo.

Polens Antwort auf die zweite russische Note. — Pariser Rätselraten über den Daudet-Streich.

Feierlicher Empfang Stresemanns in Oslo.

Oslo, 27. Juni. Reichsminister Stresemann traf um 12 Uhr mittags hier ein. Er wurde am Bahnhof von dem Premier- und Außenminister Lykke, Mitgliedern des Nobelkomitees, dem deutschen Gesandten, Vertretern der Stadt Oslo und der deutschen Kolonie empfangen. Die Vertreter der Presse wollten er keine näheren politischen Erklärungen geben. Er sagte, daß er die Anerkennung hochschätze, die die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre durch die ihm vom norwegischen Nobelkomitee zuerkannte Auszeichnung gefunden habe. Deutschland bilde mit großem Interesse auf das norwegische Volk, das seit mehr als einem Jahrhundert sich ausschließlich Werken des Friedens gewidmet und den Geist internationaler Hilfsbereitschaft so sehr entwickelt habe.

Dr. Stresemann begab sich im offenen Auto, vom Publikum lebhaft begrüßt, zum Grand-Hotel, wo er mit seiner Gemahlin und Begleitung Wohnung genommen hat. Zu Ehren des Reichsaußenministers fand später in der deutschen Gesandtschaft ein Frühstück statt. Ein Autoausflug in die Umgegend von Oslo schloß sich an. Die norwegische Presse bringt ehrende Begrüßungsartikel, die „Tidens Tegn“ sogar in deutscher Sprache.

Gibson mit seinen Erfolgen zufrieden.

Amerika gegen Aenderung des Washingtoner Flottenabkommens.
Genf, 27. Juni. Der Präsident der Seeverkehrs-Konferenz, Vizepräsident Gibson, erklärte heute der Presse, daß er entgegen verschiedenen Pressemeldungen bisher keine neuen Instruktionen aus Washington erhalten habe. Er betonte weiter, daß alle Gerüchte über ernste Schwierigkeiten in den Verhandlungen der drei Delegationen nicht den Tatsachen entsprächen. Er sei mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen durchaus zufrieden. Die amerikanische Delegation halte an den Bestimmungen des Washingtoner Flottenabkommens als Basis der gegenwärtigen Konferenz fest und werde keinerlei Aenderung dieses Abkommens ihre Zustimmung geben. Zu der in den letzten Tagen in der Presse viel erörterten Frage eines Sicherheitspaktes zwischen England, Amerika und Japan näher Stellung zu nehmen, lehnte Gibson ab.

Bergebliche Suche nach Daudet.

Poincaré braucht einen Sündenbock.

Paris, 27. Juni. Der Minister des Innern Sarraut hatte heute vormittag mit dem Polizeipräsidenten und dem Leiter der Sicherheitspolizei längere Besprechungen über den Fall Daudet. Ebenso hatte der Generalstaatsanwalt mit dem Leiter der Sicherheitspolizei eine Unterredung, in der Maßnahmen für den Fall einer eventuellen Verhaftung Daudets ins Auge gefaßt wurden. Der Chefredakteur der „Action Française“, Pulo, erklärte einem Vertreter der „Information“: Die Regierung ist bestrebt, den Direktor der „Action“ zum Sündenbock zu machen. Eine Verteidigung des Gefängnisdirektors könnte so aussehen, als ob er unter Complice wäre. Das ist aber nicht der Fall. Er gehört nicht zu unseren Freunden. Er hat lediglich „korrekt“ gehandelt. (W. T. B.)

Noch immer keine Spur von Daudet.

Paris, 27. Juni. Von Leon Daudet hat man bisher noch nicht die geringste Spur entdeckt, obgleich die Polizei fleißig arbeitet, um die Affäre, über die ganz Frankreich sich auszuklären. Die Grenzen werden sorgsam bewacht, aber die Anwaltlichen erklären, daß dies unnötig sei. Daudet werde sich zwar gewiß nicht freiwillig stellen, aber er denke auch nicht daran, Frankreich zu verlassen.

Wie „Paris mid“ festhält, weiß man immer noch nicht, wer den Gefängnisdirektor angerufen hat, ebensowenig kann man sich erklären, wie die falsche Verbindung zu dem Gefängnisdirektor geleitet wurde, und wie es weiter möglich war, daß zum zweitenmal die Verbindung falsch geleitet wurde und so einem Anhänger Daudets Gelegenheit gegeben wurde, zum Gefangen des Planes beizutragen. Die Polizei glaubt nun, daß die Telefonistin, die die Verbindung herbeiführte, die Schuldige sei. Die Möglichkeit, daß der Vertreter sich im Ministerium selbst befand und von dort aus den falschen Befehl und die falsche Bestätigung gab, wird auch heute noch ausgegeben, obgleich man sie im allgemeinen für nicht recht wahrscheinlich hält.

Das technische Sachverständigenkomitee, das in der nächsten Zeit täglich zusammentreten wird, hielt heute wiederum eine Sitzung ab zur Prüfung der Frage, welche kleineren Sekretärkräfte aus dem zukünftigen Abrüstungsabkommen zwischen den drei Mächten herausgelassen werden sollen. Ferner wird auf Antrag der englischen Delegation gegenwärtig eine feste Unterscheidung zwischen Kreuzern und Zerstörern getroffen.

Ein Wiener Morgenblatt bringt heute die Meldung, daß der von der italienischen Regierung entsandte Beobachter von seiner Regierung die Instruktion erhalten habe, auf der Konferenz die Forderung Italiens geltend zu machen, die gleiche Anzahl Unterseeboote wie Frankreich zu erhalten, und insbesondere eine Ausdehnung des in Washington festgelegten Stärkeverhältnisses auf die Unterseeboote Italiens abzulehnen. Hierzu wird von zuständiger italienischer Seite erklärt, daß der italienische Beobachter lediglich die Aufgabe habe, sich über den Fortgang der Verhandlungen zu informieren. Er habe keinerlei Instruktionen erhalten, der Konferenz irgendwelche italienische Forderungen vorzulegen.

Feng und Tschiangkai-schek auf dem Vormarsch gegen Schantung.

Schanghai, 27. Juni. Die große Offensive der Truppen Fengs und Tschiangkai-scheks gegen Schantung hat begonnen. Die Armee Tschiangkai-scheks, deren Operationen von der Hanlung-Flotte unterstützt werden, hat die Schantung-Grenze bereits überschritten. Die Front befindet sich etwa 70 Kilometer von Tjingtau entfernt. Wie hier bekannt wird, hat Tschiangkai-schek Befehl gegeben, die japanischen Truppen beim Vorrücken bis zur Kiautschau-Bucht zu ignorieren. Die japanischen Truppen verstärken die Befestigungsanlagen Tjingtaus in aller Eile. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Man bezweifelt, daß sich Zusammenstöße zwischen den vordringenden Südruppen und den Japanern vermeiden lassen werden. Die Truppen Fengs marschieren auf Tjingtau. Der Widerstand der Schantungstruppen ist sehr gering.

London, 27. Juni. Nach Meldungen aus Hankau beschärfte sich die Hankau-Regierung lebhaft mit einem Ultimatum Tschiangkai-scheks, in dem u. a. die Auflösung der Arbeitergewerkschaften und die Entlassung mehrerer russischer Berater verlangt wird. (T. L.)

Wieder ein Zusammenstoß im besetzten Gebiet.

Reinstadt a. d. S., 27. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Sonntag vor acht Tagen auf dem Flugplatz Vahen-Spenderdorf eine Schlägerei zwischen französischen Soldaten und mehreren deutschen Staatsangehörigen, in deren Verlauf zwei Franzosen erhebliche Verletzungen erlitten. Von Beamten der französischen Landgendarmarie wurden sofort umfangreiche, die ganze Woche über andauernde Nachforschungen nach dem am Streik beteiligten Deutschen angestellt, denen selbstverständlich die ganze Schuld an den bedauerlichen Vorfällen zugeschoben wird. Ein Spenderdorfer Bürger wurde nach dem Verhör verhaftet, am letzten Donnerstag jedoch wieder freigelassen. Am Freitag wurden neuerdings wegen der Vorfälle zwei junge Leute aus Döhlitz festgenommen, während zwei andere Deutsche sich der ihnen drohenden Verhaftung durch die Flucht entziehen konnten. Da die Untersuchung ausschließlich von der französischen Gendarmarie geführt wird, ist es unmöglich, ein richtiges Bild von den Vorfällen zu geben. Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß es in Vahen-Spenderdorf schon seit den ersten Tagen der Besetzung zwischen Soldaten und Einheimischen immer wieder zu größeren oder kleineren Reibereien kam. Alle Zwischenfälle liegen darin begründet, daß auf dem Flugplatz Vahen-Spenderdorf mehr Besatzungsangehörige stationiert sind, als die Gemeinde Einwohner zählt.

Der französische Budgetentwurf.

Paris, 27. Juni. Dem Finanzausschuß der Kammer ist heute der Budgetentwurf für 1928 zugegangen. Die vorzulegenden Einnahmen beziffern sich auf 42 160 682 651 und die vorgesehenen Ausgaben auf 41 527 925 171 Frank. Der Entwurf schließt mit einem Einnahmehüberschuß von 632 757 480 Frank ab, der sich allerdings infolge neuer Belastungen durch Gehaltsaufbesserungen usw. auf 200 Millionen Frank ermäßigen dürfte. Gegenüber dem Budget von 1927 haben sich die Ausgaben um 1988 Frank erhöht, das ist im wesentlichen auf die Ausgaben für die Deeresreform zurückzuführen. Eine Entlastung tritt durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Dawes-Plan ein, die im Budgetjahr 1928 833 Millionen Frank betragen. In dem Entwurf beiliegenden Bericht wird festgestellt, daß sich eine Besserung der Finanzlage vollzogen habe, daß jedoch eine endgültige Stabilisierung noch in weiter Ferne liege und somit auch die Zukunft der französischen Währung noch als ungünstig bezeichnet werden muß.

Deutsch-französische Wirtschaftspolitik.

Auf die Wirtschaftsbeziehungen der beiden bedeutendsten kontinentalen Wirtschaftsmächte wirkt es ein beachtenswertes Licht, wenn man seit 1924 mit geringen Unterbrechungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag verhandelt, in der Praxis jedoch, obwohl man bereits zweimal Grundlagen für einen endgültigen Vertrag vereinbart hat, jeweils für einige Monate lediglich kläglich provisorien schafft. So war es im ganzen Jahre 1926, und so soll es vielleicht auch diesmal wieder werden, nachdem man das letzte dreimonatige Provisorium im März lediglich deswegen durchgeleitet hat, weil Frankreich bis zu seinem Ablauf am 30. Juni die Annahme des neuen französischen Zollgesetzes durch die Kammer als Verhandlungsbasis für den endgültigen Vertrag in Aussicht gestellt hatte. Der Termin ist jetzt da, der neue französische Zolltarif aber ist ferner denn je. Der französische Handelsminister Bokanowski hat vielmehr der deutschen Delegation vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der neue Zolltarif keinesfalls vor dem 1. Januar 1928 in Kraft treten könne. Kein Wunder, daß sich die Pariser Verhandlungen unter diesen Umständen kritisch angepielt haben, und daß man den neuen Plänen einer abermaligen provisorischen Regelung in Deutschland mit harter Skepsis entgegensteht, ganz besonders deswegen, weil eine derartige Ueberwälzung — bis zum letzten Augenblick hatte man bekanntlich den Eintritt eines vertragslosen Zustandes für unvermeidlich gehalten — schwerlich die Gewähr für eine befriedigende Neuregelung der bisherigen, für uns höchst ungünstigen provisorischen Abmachungen geben kann. Man kann es verstehen, daß Frankreich den größten Wert auf die Erneuerung des Provisoriums legt; denn es hat auf seiner Basis ausgezeichnete Geschäfte gemacht. Das französische Zollgebiet, einschließlich des Elsas und des Saargebietes, hat im Jahre 1926 bereits Waren im Werte von 507 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt, während die deutsche Einfuhr nach Frankreich nur einem Wert von 223 Millionen Mark entsprach. Noch viel ungünstiger für uns ist die Bilanz des ersten Vierteljahres 1927, da Frankreich in diesem Zeitraum Werte von 642 Millionen Franken in Deutschland absetzen konnte, denen eine deutsche Einfuhr von nur 230 Millionen Franken gegenüberstand. Die provisorische Regelung hat also Deutschland ein recht empfindliches Verlustgeschäft gebracht, das aufrechtzuerhalten Deutschland vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kaum ein Interesse haben kann. Es kommt hinzu, daß wir in dem letzten Provisorium bereits Frankreichs wichtigstes Interesse an einem Handelsvertrag durch das Zugeständnis eines meistbegünstigten Weineinfuhrkontingents vorweg befreit haben, während sich die durch Abmachungen verminderten Sätze für deutsche Waren nur auf etwa 15 bis 20 Proz. aller Punkte beziehen, 80 bis 85 Proz. der Punkte also bereits derart behandelt werden, als ob ein vertragloser Zustand mit Deutschland bestände. Selbst die geringen Zugeständnisse an die deutsche Industrie haben dabei zum großen Teil noch nicht mal ausgenutzt werden können, weil die kurzen Fristen der provisorischen Regelungen es dem deutschen Export unmöglich machten, die Waren auf dem französischen Markt unterzubringen.

Man wird es darum verstehen können, wenn die deutsche Wirtschaft den augenblicklichen in Berlin zur Prüfung vorliegenden Vorschlägen für ein neues Provisorium mit einiger Beforgnis entgegensteht. Schon das letzte Provisorium vom März hat im Reichstage ernste Schwierigkeiten gefunden. Die Regierungsparteien haben damals in einer genau formulierten Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß die Gewähr eines neuen Weinkontingents zu den Vertragsvorschlägen in einem etwaigen weiteren Provisorium abgelehnt würde. Man wird deswegen um so weniger annehmen können, daß die neuen Pariser Vorschläge in Berlin Billigung finden könnten, wenn sie nicht wenigstens den wichtigsten deutschen Forderungen sowohl in bezug auf die Ausdehnung der begünstigten Warenliste, als auch in bezug auf eine Ueberbrückung des gesamten Zeitraums bis zum Inkrafttreten des neuen französischen Zolltarifs entsprechen. Selbst bei einer einigermaßen annehmbaren neuen Zwischenregelung mit Frankreich bleiben jedoch die großen Schwierigkeiten bestehen, die sich aus dem maßlos übertriebenen schutzöllnerischen französischen Zollgesetzentwurf ergeben, und die, wenn die vertieftenen Zollsätze des Entwurfs Befrei werden, jeden ersprießlichen deutsch-französischen Güteraustausch ausschließen müßten, weil sogar die Minimaltarife des Entwurfs eine Auslandskonkurrenz zum allergrößten Teile ausschließen. Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat sich bereits der große Gegensatz zwischen den beherrschenden theoretischen Vertretern der Konferenz, die mit Zustimmung Frankreichs verkündet wurden, und der in den neuen Pariser Zollplänen zum Ausdruck kommenden Praxis gezeigt. Der französische Zolltarifentwurf hat in Genf die schärfste Kritik aller Nachbarländer Frankreichs erfahren, und die Isolierung, in der Frankreich dort gekandau hat, den innerpolitischen Kampf in Frankreich gegen das neue Zollgesetz zweifelslos verschärft. Trotzdem ist die Entschlossenheit des nationalökonomischen Ministers Bokanowski, den Tarif durchzudrücken, keinesfalls erschüttert. Die Durchlöcherung dieses protektionistischen